3268/A(E)
vom 29.03.2023 (XXVII. GP)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dipl-Ing. Karin Doppelbauer, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Abgabenquote in Richtung 40% senken

Im Regierungsprogramm vereinbarte die Bundesregierung das Ziel, die Steuer- und Abgabenquote in Richtung 40% absenken zu wollen(1) - damals erreichte die Abgabenquote 42,6%. Drei Jahre Regierungsarbeit - und eine Pandemie und Energiekrise - später ist dieses Ziel weiter entfernt als je zuvor. Stattdessen erreicht die Abgabenquote in Österreich 2021 mit 43,7% (2) ein neues Rekordhoch - und auch 2022 und 2023 zeigt der Trend mit geschätzten 42,9% nicht wirklich in Richtung 40%. Prognosen für 2024 gehen sogar von einem erneuten Anstieg der Abgabenquote auf 43.1% aus. Österreich liegt mit seiner Steuer- und Abgabenquote seit Jahren klar über dem Durchschnitt der Eurostaaten und der EU-27 Staaten.(3)

Bei der Abgabenbelastung auf Arbeit nimmt Österreich sogar einen unrühmlichen Spitzenplatz ein - OECD-weit müssen Arbeitnehmer nur in Belgien und Deutschland einen größeren Anteil ihres Gehalts in Form von Steuern und Beiträgen abgeben. Mit 47,8% liegt die Steuer- und Abgabenbelastung auf Arbeit in Österreich somit um 13,2% über dem OECD-Durchschnitt (34,6%).(4)

Die Regierung hat sich im Regierungsprogramm das Ziel gesetzt, die Abgabenquote in Richtung 40% zu senken. Es wird Zeit, dass sie einen Maßnahmenplan vorlegt, mit dem sie ihr Regierungsversprechen umsetzen möchte.

Quellen:

1. https://www.dievolkspartei.at/Download/Regierungsprogramm_2020.pdf
2. https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen
3. https://wko.at/statistik/eu/europa-abgabenquoten.pdf
4. https://www.oecd.org/austria/taxing-wages-austria.pdf

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, bis Herbst 2023 einen Maßnahmenplan vorzulegen, mit dem sie die Abgabenquote bis Ende der Legislaturperiode in Richtung 40% absenken wird. Im Vordergrund soll dabei eine Senkung der Abgabenbelastung auf Arbeit stehen."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Finanzausschuss vorgeschlagen.

(WEINZIERL) (Brandstätter) (BRAUNSBERGER) (MARGREITER)

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2023-03-29T15:42:29+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	